

Gender Mainstreaming

Ute von Wrangell

Gender Mainstreaming von engl. Gender= (soziales) Geschlecht und mainstream=Hauptstrom, Hauptrichtung.

Gender Mainstreaming ist ein neuer Organisationsansatz zur Entwicklung von Geschlechtergerechtigkeit. Definiert wird er als (Re)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung der Entscheidungsprozesse mit dem Ziel, dass die an politischer Gestaltung beteiligten Akteure und Akteurinnen den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Ebenen einnehmen (Expertinnenrat des Europarates). Gender Mainstreaming wurde erstmals auf der Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 diskutiert. 1995 wurde Gender Mainstreaming bei der Weltfrauenkonferenz in Peking in die Aktionsplattform aufgenommen, die von 189 Staaten unterschrieben wurde. Bei ihren Bemühungen um die Gewährleistung der Menschenrechte sollten Regierungen eine sichtbare Politik des Einbeziehens einer geschlechtsbezogenen Perspektive in alle Politiken und Programme fördern, damit die Auswirkungen auf Frauen bzw. Männer analysiert werden bevor Entscheidungen getroffen werden.

Das Prinzip des Gender Mainstreaming ist bereits 1996 in einer Mitteilung der EU-Kommission mit dem Titel "Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft" als innovative Handlungsmaxime für alle Gemeinschaftsbehörden, aber auch als eine die nationalstaatlichen Akteurinnen verpflichtende Verhaltensregel, vorgeschlagen worden. Im Amsterdamer Vertrag 1999 fand sie in Artikel zwei und drei ihren Niederschlag, womit der Gedanke der Chancengleichheit aufgewertet und an exponierter Stelle des neuen Vertrages festgeschrieben wurde. Bei allen in diesen Artikeln genannten Maßnahmen wirkt die Gemeinschaft darauf ein, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern.

Der Begriff Gender (in Abgrenzung und Relation zu Sex - biologisches Geschlecht) als soziales und kulturelles Geschlecht ist außerhalb der Forschung seit der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 geläufig und bezieht sich auf die Art der wechselseitig voneinander abhängigen Stellung von Männern und Frauen in der Gesellschaft. Geschlechterverhältnisse beinhalten Macht- und Herrschaftsbeziehungen, die die Lebenschancen von Frauen und Männern strukturieren. Gender wird durch kulturelle, religiöse, ideologische Normen bestimmt, ist also nicht angeboren, sondern durch die jeweilige Gesellschaft definiert und somit auch durch diese Gesellschaft veränderbar. Die Gender-Perspektive besagt, dass Frauen und Männer in der Gesellschaft unterschiedliche Lebensbedingungen und Chancen vorfinden, aufgrund geschlechtsspezifischer Sozialisation unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse entwickeln und von gesellschaftlichen Prozessen und deren Auswirkungen unterschiedlich betroffen sind.

Gender Mainstreaming braucht genaue Kenntnisse über Gender, was mit so genannten Gender Trainings erreicht werden soll. Um die Gender-Perspektive anwenden zu können bedarf es eines breiten Fachwissens, Kennens von Organisationsstrukturen und Gender-Kompetenz als Fähigkeit im Umgang mit den vielfältigen Erkenntnissen aus der Frauen- und Geschlechterforschung und mit den Erfahrungen von Frauen. Gender Mainstreaming ist ein "Top-Down-Prozess", d.h. er geht von der Hausspitze aus und setzt sich fort über "middle-out" bis zu "bottom-up" (vom Mittelbau zum Unterbau). Das bedeutet, dass umfangreiche Schulungen zum Beispiel für alle Verwaltungsbediensteten stattfinden müssen, um Gender-Kompetenz zu erwerben.

Diese Sichtweise soll in den politischen Mainstream, in alle gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse aufgenommen werden. Mainstreaming steht für ein Konzept, die Gleichstellung der Geschlechter und die Berücksichtigung der unterschiedlichen Perspektiven von Frauen und Männern zu einer Hauptströmung und einem wesentlichen Planungsaspekt von Organisationen zu machen und damit den "Malestream" (Barbara Holland-Cunz) zu beeinflussen, indem es die männerzentrierte Sichtweise von Institutionen, Kulturen und Organisationen verändert. Die Aufmerksamkeit richtet sich auf Systeme und Strukturen, in denen Frauen und Männer ihren Platz finden und ihr gesamtes Potential an Fähigkeiten entfalten können. Dieses Konzept erkennt die Unterschiede zwischen Frauen und Männern an, ohne dabei Männer oder Frauen jeweils als eine einheitliche Gruppe zu sehen, sondern berücksichtigt sie in ihrer Vielfalt. Es ist ein Prinzip, das als systematische Integration von Chancengleichheit gesehen werden kann.

Zur Verwirklichung von Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit arbeitet die EU mit drei Konzepten: Gleichbehandlung, gezielte Frauenförderung (positive action) und Gender Mainstreaming (Teresa Rees). Frauenförderung ist durch Gender Mainstreaming keineswegs überflüssig. Geschlechterpolitik beruht nach wie vor auf vier Säulen: Quote, Normierung, Mainstreaming und Autonome Praxis (Barbara Stiegler). Geschlechterpolitik ist nun eine Politik, die die Geschlechterdiskriminierung innerhalb der Institution aufzeigt und ihre Ursachen benennt, die vermeintliche Geschlechtsneutralität der Politik nach außen als indirekte Diskriminierung von Frauen aufzeigt. Im Innern will sie egalitäre Geschlechterverhältnisse schaffen und die Politik nach außen zum Abbau der Geschlechterhierarchie nutzen.

In Deutschland wurde 1999 vom Bundeskabinett die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung anerkannt und Gender Mainstreaming mit Bezug auf den Amsterdamer Vertrag als Querschnittsaufgabe festgelegt. Der Gender Mainstreaming - Ansatz wird nun bei allen politischen normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesregierung beachtet. Damit hat der Beschluss eine Signalwirkung für die Gleichstellung als grundlegende und grundsätzliche Aufgabe in einem demokratischen System und in einer modernen Verwaltung. Die Anwendung des Gender Mainstreaming bedeutet eine gleichstellungspolitische Prüfung bei allen Maßnahmen aller Ressorts der Bundesregierung. Zusätzlich müssen alle Rechtsetzungsvorhaben auf

ihre gleichstellungspolitischen Auswirkungen geprüft werden (Birgit Schweikert). Vorbedingung für eine erfolgreiche Umsetzung des Gender Mainstreaming sind die Entwicklung und der Einsatz eines methodischen Instrumentariums wie geschlechterdifferenzierten Statistiken (routinemäßig erhoben, analysiert und als Managementinstrumente eingesetzt), Festlegen von Gleichstellungsindikatoren als Prüfkriterien, Bewerten von geschlechtsspezifischen Auswirkungen. Geplante politische Maßnahmen werden überprüft, in welcher Weise sie sich auf das jeweilige Geschlecht auswirken und ob die Auswirkungen geschlechterverträglich sind (Gender-Controlling und Evaluation). Wesentliches Instrument ist Gender-Budgeting, d.h. Haushaltspläne müssen auf Geschlechtergerechtigkeit überprüft werden mit dem Ziel einer gerechten Verteilung von staatlichen Haushaltsmitteln zwischen Frauen und Männern. Damit wird eine demokratische Transparenz der Budgets geschaffen.

Insgesamt sind es sieben Punkte, die als Elemente und Rahmenbedingungen für den Erfolg des Gender Mainstreaming eingesetzt werden: Engagement auf höchster Ebene, inkl. Formulieren eines entsprechenden Leitbildes, Bewusstseinsbildung, eine Doppelstrategie von Gender Mainstreaming und Frauenförderung, Programme, Maßnahmen für positive Aktionen und Haushaltslinien, Kooperationsstrukturen, klare Zuweisung von Zuständigkeiten, Gender-Expertise (Bewertung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen und Gleichstellungsprüfung), Begleitung und Bewertung. Besondere Bedeutung kommt dem Gender Controlling und der Überprüfung der geschlechtsspezifischen Relevanz zu (Gender Impact Assessment / Geschlechterverträglichkeitsprüfung).

Der wesentliche Unterschied zur Frauenförderung liegt darin, dass sämtliche Beschäftigten der Verwaltung, sämtliche Politiker und Politikerinnen an der Umsetzung des Gender Mainstreaming zu beteiligen sind. Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte ist in diesem Prozess als beratende Instanz zu sehen, sie wird verortet auf der Steuerungsebene; dem Steuerungsgremium wird über die Umsetzung des Gender Mainstreaming berichtet, um kontrollierend eingreifen zu können. Diese neue Rolle der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten wird auch von der Bundesarbeitsgemeinschaft so gesehen (vgl. BAG-Papier zu Gender Mainstreaming 2000).

International: Australien hat sich bereits 1984 auf Initiative der Ökonomin Rhonda Sharp, noch vor Kanada, ausführlich mit Gender Budgeting beschäftigt. In den Entwicklungsländern ist es ebenso bereits Anfang der 90er Jahre eingeführt worden - mit sehr positiven Erfolgen. **Europa:** Schweden hat als erstes europäisches Land schon vor der Weltfrauenkonferenz in Peking Gender Mainstreaming in die (Verwaltungs-) Strukturen eingepasst. In der Schweiz ist als Initiative der Gleichstellungsbeauftragten der Sparkurs der Gesamtschweiz kritisiert worden unter dem Titel "An den Frauen sparen". Eine Budget-Analyse ist im Kanton Basel-Stadt durchgeführt worden.

In den Bundesländern ist zunächst in Niedersachsen Gender Mainstreaming als Prinzip eingeführt worden, danach in Sachsen-Anhalt, das auch eine Gender-Akademie gegründet hat. Die Heinrich-

Böll-Stiftung arbeitet mit Gender Trainings und bildet Trainerinnen aus, eine Vielzahl von Instituten, Akademien und Fortbildungsträgern zu Gender Mainstreaming schießt aus dem Boden.

Kritik an Gender Mainstreaming wird von einigen Wissenschaftlerinnen formuliert, ebenso auch aus dem Bereich der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Dabei wird Gender Mainstreaming als eine modernisierte Gleichstellungspolitik gesehen in Form einer modernisierten Herrschaftspolitik. Der Widerspruch, dass die patriarchalen Mächte sich nun selbst zum Hauptakteur ihrer Abschaffung ausrufen, wird formuliert (Heike Weinbach). Gender Mainstreaming kann missverstanden und missbraucht werden, gegen gezielte Frauenförderprojekte ausgespielt werden. Verbindliche Regeln mit Sanktionen bei Nichtbeachtung fehlen. Positiv gesehen kann es neue Impulse für die Gleichstellungspolitik bedeuten, negativ gesehen kann es die Frauenbeauftragte als Institution und Frauenförderung generell abschaffen und Gleichstellungspolitik verwässern. Festzustellen ist, dass viele Projekte zur Umsetzung von Gender Mainstreaming finanziell unterversorgt sind und dass häufig mehr geredet als zur Umsetzung getan wird (Teresa Rees).

Literatur: Dörthe Jung, Gunhild Küpper: Gender Mainstreaming und betriebliche Veränderungsprozesse, Bielefeld 2001; Barbara Nohr, Silke Veth (Hg.): Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen einer neuen Strategie, Berlin 2002; Teresa Rees: Mainstreaming Equality in the European Union, London 1998; Barbara Stiegler: Wie Gender in den Mainstream kommt. Konzepte, Argumente und Praxisbeispiele, Bonn 2000.